

Merkblatt

Bestellung einer Erbbescheinigung/Anmeldung des Erbgangs beim Grundbuchamt (Stand: 1. Mai 2013)

I.

Ausstellung von Erbbescheinigungen

1. Wozu dient die Erbbescheinigung?

Die Erben haben Anspruch auf Ausstellung einer Bestätigung über den Kreis der Erbberechtigten, die sogenannte Erbbescheinigung (Art. 559 Abs. 1 Zivilgesetzbuch)¹, um sich gegenüber Behörden und Dritten ausweisen zu können.

Sie kann erst nach Ablauf der Ausschlagungsfrist von 3 Monaten (Art. 567 ZGB) ausgestellt werden. Andernfalls müssen die Erben vorgängig die Annahme der Erbschaft erklären.

2. Wann wird eine Erbbescheinigung benötigt?

Die Erbbescheinigung ist häufig unabdingbar, um über die Hinterlassenschaft verfügen zu können, insbesondere wenn es um Konten oder um Grundeigentum der verstorbenen Person geht.

Sofern für ein Bank- oder ein Postkonto eine Vollmacht über den Tod hinaus besteht, ist zunächst abzuklären, ob diese von der entsprechenden Bank bzw. Post akzeptiert wird. Wenn dies zutrifft, ist keine Erbbescheinigung erforderlich. Falls offene Rechnungen der verstorbenen Person zu begleichen sind, sind die Banken bzw. die Post teilweise bereit, solche Rechnungen dem Guthaben ohne Vorlegung einer Erbbescheinigung zu belasten. Für die Überschreibung von Grundstücken ist immer eine Erbbescheinigung erforderlich.

¹ ZGB; SR 210

3. Wer ist berechtigt, eine Erbescheinigung zu beantragen?

Beruhet die Erbgemeinschaft auf einer testamentarischen oder erbvertraglichen Begünstigung, so kann die Erbescheinigung erst im Anschluss an die Eröffnung des Testaments oder Erbvertrags ausgestellt werden. Bei der Eröffnung werden die Erben aufgrund einer provisorischen und unverbindlichen Auslegung der Verfügung(en) von Todes wegen ermittelt. Eine Überprüfung in Bezug auf Gültigkeit und Inhalt (z. B. Verfügungsfähigkeit, Form oder Pflichtteilsschutz) erfolgt nicht. Es ist Aufgabe des Gerichts, über die formelle und materielle Rechtsgültigkeit der eingereichten und eröffneten Verfügungen zu befinden. Bestreiten die gesetzlichen Erben die Berechtigung der eingesetzten Erben und erheben Einsprache gemäss Art. 559 Abs. 1 ZGB, wird vorerst keine Erbescheinigung ausgestellt. Ansonsten bilden die bei der Eröffnung ermittelten Erben die Grundlage für die Erbescheinigung.

Existiert dagegen kein Testament oder Erbvertrag, so gelangen die gesetzlichen Erben zum Zuge. Sie haben das Recht, eine Erbescheinigung zu beantragen.

Wird die Erbescheinigung von einem Vertreter, z. B. von einem Notar, beantragt, so hat dieser mit der Bestellung eine entsprechende Vertretungsvollmacht einzureichen.

4. Zuständigkeit

Zuständig für die Ausstellung von Erbescheinigungen ist die Behörde am letzten Wohnsitz der verstorbenen Person (Art. 28 Abs. 2 ZPO)²; im Kanton Aargau ist dies das Gericht (§ 72 Einführungsgesetz zum ZGB)³.

Benützen Sie bitte unser Formular, um eine Erbescheinigung zu beantragen.⁴

5. Verfahren

Das Gesuch um Ausstellung einer Erbescheinigung ist beim Gericht am letzten Wohnsitz der verstorbenen Person einzureichen.

Der Gemeinderat am letzten Wohnsitz des Erblassers erstellt auf Verlangen des Gerichts ein Verzeichnis der gesetzlichen Erben des Erblassers.

Die ausgefertigte Erbescheinigung wird der Gesuchstellerin bzw. dem Gesuchsteller vom Gericht zugestellt. Das Gericht stellt bei der Gesuchstellerin bzw. dem Gesuchsteller Rechnung für die bei ihm und bei der Gemeinde anfallenden Kosten.

² SR 272

³ EG ZGB; SAR 210.100

⁴ Das Formular kann auf der Gerichtskanzlei oder im Internet unter https://www.ag.ch/de/gerichte/angebote_gerichte/formulare_fuer_parteieingaben/formulare.jsp bezogen werden.

6. Wie viele Exemplare der Erbbescheinigung sind nötig?

In der Regel genügt ein einziges Exemplar der Erbbescheinigung. Auf entsprechenden Antrag fertigt das Gericht die Erbbescheinigung auch mehrfach aus. Um die Kosten möglichst gering zu halten, sind nur die unbedingt notwendigen Original-Ausfertigungen der Erbbescheinigung zu bestellen. Das Grundbuchamt benötigt ein Original, bei den übrigen Behörden oder Banken ist es meistens ausreichend, wenn das Original der Erbbescheinigung vorgelegt oder eine Kopie eingereicht wird.

7. Kosten

Die Ausstellung der Erbbescheinigung ist mit Kosten verbunden: In nichtstreitigen Rechtssachen wird gemäss § 14 des Verfahrenskostendekrets eine Gerichtsgebühr zwischen Fr. 50.00 bis Fr. 1'800.00 erhoben.⁵ Die bei der Gemeinde anfallenden Kosten für die Erstellung des Verzeichnisses der gesetzlichen Erben bestimmen sich nach § 76a EG ZGB i. V. m. § 10 Gemeindegebührendekret⁶.

II.

Anmeldung des Erbgangs bei einem Grundbuchamt des Kantons Aargau

Wird die Erbbescheinigung für die Eintragung der Erben im Grundbuch benötigt, ist das Original der Erbbescheinigung mit der Grundbuchanmeldung dem örtlich zuständigen Grundbuchamt einzureichen (vgl. www.ag.ch/grundbuchundnotariat).

Die Grundbuchanmeldung ist von mindestens einer Erbin resp. einem Erben zu unterzeichnen. Ist ein Willensvollstrecker berufen, unterzeichnet zumindest er die Grundbuchanmeldung.

Für die Eintragung des Erbgangs beträgt die aargauische Grundbuchabgabe 2 ‰ des Steuerwerts, mindestens jedoch Fr. 50.00 (§ 15 des Gesetzes über die Grundbuchabgaben; SAR 725.100). Für die Veranlagung dieser Abgabe ist dem Grundbuchamt zusätzlich eine Kopie der zur Zeit des Erbgangs rechtskräftigen steueramtlichen Schätzung des konkreten Grundeigentums einzureichen.

Es wird empfohlen, den Erbgang sofort anzumelden. Erst nach diesem Vollzug sind aus dem Grundbuch anstelle der verstorbenen Person die aktuellen Eigentümer ersichtlich.

Das Formular „Grundbuchanmeldung“ ist unter www.ag.ch/grundbuchundnotariat abrufbar. Es kann auch beim örtlich zuständigen Grundbuchamt bezogen werden.

⁵ VKD; SAR 221.150

⁶ GGebD; SAR 661.710

